

Isolierte Kanzlerin

Leitartikel von Egbert Nießler in: **Berliner Morgenpost vom Dienstag, 15. März 2016**

Mit moralischen Vorsätzen allein lässt sich die Flüchtlingskrise nicht lösen

Nach der Wahl ist vor dem Gipfel. Kaum haben die Bundeskanzlerin, ihre CDU und die anderen Parteien den Wahlsonntag in drei Bundesländern mit etlichen Blessuren, wenigen Erfolgen und dem gleichzeitigen Aufstieg der AfD hinter sich gebracht, steht ab Donnerstag schon wieder ein EU-Gipfel ins Haus. Thema: natürlich die Flüchtlingsfrage und wie sie nun mithilfe der Türkei besser gehandhabt werden kann. Es ist derzeit das zentrale Thema der Gemeinschaft, es war das wichtigste Thema der Landtagswahlen - und es wird Europa und Deutschland auf absehbare Zeit begleiten.

Die Kanzlerin muss dabei ihren Kurs nicht ändern. Will sie aber ihre eigene Partei, die mehr aus Disziplin denn aus innerer Überzeugung in dieser Frage hinter ihr steht, und Mehrheiten im Rest des Landes weiter an sich binden, wird sie ihre Politik besser erklären müssen. "Wir schaffen das" mag eine motivierende Parole sein. Ein politisches Programm ist es nicht. Das Parlament, in der repräsentativen Demokratie Vertreter des Volkes, von dem bekanntlich alle Macht ausgehen soll, ist bisher nur zu nachgelagerten Reparaturgesetzen wie den Asylpaketen Eins und Zwei befragt worden. Zur Einwanderungsstrategie selbst nicht. Die richtet sich bisher vor allem an den moralischen und ethischen Überzeugungen der Kanzlerin aus. Und vielleicht ist so mancher Abgeordneter sogar froh, dass er seine Hand bisher nicht heben musste. Die Folge könnte gehöriger Unmut im heimischen Wahlkreis sein.

Auch um die von Merkel proklamierte europäische Lösung steht es nicht zum Besten. Was auch an einem romantisierten Europabild liegt. Die EU ist zwar auch eine Wertegemeinschaft. Sie ist aber vor allem eine Vertragsgemeinschaft souveräner Staaten. Während sich viele Linksintellektuelle hierzulande lieber als Europäer denn als Deutsche begreifen, haben andere durchaus nationale Interessen im Blick.

Solidarität und eine gemeinsame Flüchtlingspolitik können nicht aus dem Kanzleramt heraus diktiert werden. Auch nicht mit dem Argument moralischer Verpflichtung. Wer persönliche Überzeugungen über geltendes Recht oder geschlossene Verträge stellt, handelt wie die oft gescholtenen Regierungschefs Orbán oder Szydło, die einem imaginären Volkswillen Priorität einräumen.

Unbehagen befällt auch so manchen EU-Politiker dabei, dass sich die große europäische Lösung nun vor allem auf die tätige Mithilfe der Türkei gründen soll. Einem Land, das die Pressefreiheit quasi abgeschafft hat und als Akteur im Syrien- und Kurden-Konflikt eine durchaus zwielichtige Rolle spielt. Ankara wiederum treibt die Preise für sein Mittun in die Höhe. Nicht nur finanziell, sondern auch mit dem Begehren nach Visafreiheit und schnellerem EU-Beitritt. Das Land verhält sich dabei so vernünftig wie die Flüchtlinge, die dorthin möchten, wo sie sich die meiste Hilfe und die beste Zukunft versprechen. Vermutlich würde auch an ihnen ein europäischer Verteilschlüssel scheitern. Sie wollen schlicht nicht nach Portugal oder Polen - sie wollen vor allem nach Deutschland.

Während Merkel in der Euro-Krise die Mehrheit der Partnerländer noch mit Argumenten, sanftem Druck und finanziellen Zusagen auf ihre Linie bringen konnte, steht sie nun isoliert da. Der einstige Verbündete in der Nothelferphase im September, Österreich, fährt mittlerweile einen ganz anderen Kurs. Der wichtigste Partner, Frankreich, auch. Die Attitüde moralischer Überlegenheit wirkt zudem eher kontraproduktiv. Am deutschen Wesen wird auch heute nicht die Welt genesen. Auch nicht, wenn es noch so gut gemeint ist.

Und zu Hause bringen die eingeübten Rituale von Abscheu und Entsetzen gegenüber allem, was rechts von der Union ist oder dort vermutet wird, den Volksparteien keine Wähler zurück. Was zählt, sind allein Argumente und Mehrheiten.